

# vLw-news

Berlin, im Mai 2003

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

rechtzeitig zur Mitgliederversammlung ist diese Ausgabe fertig geworden.

Vielleicht werden sich einige von Ihnen gefragt haben, was sich hinter der kryptischen Formulierung in der Tagesordnung zur MV „Namensänderung“ verbirgt; das ist relativ schnell erklärt. Der Bundesverband hat auf Antrag mehrerer Bundesländer im Bundeshauptvorstand einstimmig beschlossen, sich künftig „Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen“ vLw zu nennen. Da wir als Landesverband hier nicht ausscheren wollen, bitten wir Sie um Ihre Stimme für diese Änderung um sie im Vereinsregister eintragen lassen zu können. An den drei Buchstaben, die bundesweit Kompetenz und Verlässlichkeit im berufsbildenden Bereich Wirtschaft garantieren, ändert sich nichts!

## In dieser Ausgabe:

- **MeS – Viel heiße Luft!!**
- **Die Hotelfachschule - ein Portrait**
- **Wirtschaftsgymnasien endlich auch in Berlin?**
- **Rechtsschutz**

Was gibt es Neues in Berlin? Nicht viel und besonders nichts Gutes! Die Spielzeit des Zirkus Sarrazin ist noch nicht abgelaufen, ständig kommen neue Vorschläge an die Öffentlichkeit, allerdings keine sonderlich überzeugenden. Die Tarifverhandlungen stagnieren – Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ÖD werden als Manipuliermasse des o.g. Zirkus betrachtet. Im Bundesrat ist die Opposition eingeknickt: Die Öffnungsklausel ist zum Nachteil der Beamtinnen und Beamten „durch“, jetzt ist die Frage, wie sich der Bundestag entscheidet. Der DBB (s. S. 4) ist weiterhin kämpferisch, wir warten ab!!! Ob sich der Senat an seine eigene Zusage hält, bei einer Einigung die Arbeitszeiterhöhung zurückzunehmen, wird inzwischen von vielen Seiten bezweifelt.

Die ersten Widersprüche von Kolleginnen und Kollegen gegen die Kostendämpfungspauschale wurden inzwischen zurückgewiesen. Wir weisen daher nochmals dringend darauf hin, in diesem Fall keineswegs die Klagefrist von einem Monat zu versäumen. Um Ihnen die Angelegenheit zu vereinfachen, finden Sie auf der vorletzten Seite einen Antrag auf Rechtsschutz als Kopiervorlage. Jedes Mitglied sollte zur Wahrung der eigenen Rechte unverzüglich nach Zurückweisung des Widerspruchs dieses Formular ausfüllen und uns zurücksenden; Rechtsschutz kann Ihnen nur wirksam zuteil werden, wenn dieses Formular von mir oder unserem Rechtsschutzbeauftragten Michael Heyer unterschrieben wurde. Nehmen Sie Ihr Recht wahr!!

Herzlich,  
Ihre  
Roswita Mätzig-Wurm

## Schlaglichter

- **Vorstellung der Scharschmidt-Studie**

Sind Sie ein A oder ein G-Typ? Am 9.4. stellten Prof. Scharschmidt und seine Mitarbeiter von der Uni Potsdam den 2. Teil ihrer Studie zur Arbeitsbelastung der Lehrer -- mitfinanziert vom DBB und seinen Lehrerverbänden, auch vom vLw Bundesverband - in Berlin vor. Die Typisierung in A – G-Typen ist schon aus dem 1. Teil der Studie bekannt, neu allerdings war, dass erschreckender Weise der Typus A (burn-out-Syndrom) bereits bei ganz jungen Kolleginnen und Kollegen und sogar bei Studierenden anzutreffen sei. Sie, liebe Leserinnen und Leser, sind hoffentlich Typ-G: belastbar, aber nicht zur Selbstausschöpfung neigend, stabil, aber nicht träge, Gesundheit und von einem harmonischen sozialen Umfeld begleitet! Wenn das alles auf Sie zutrifft, steht ja der Verlängerung der Lebensarbeitszeit bis 67 Jahre nichts mehr im Weg, oder?

- **Eigenständigkeit der Schulen**

Prof. Hansis, Landesvorsitzender des vLw in Nordrhein-Westfalen referierte im Februar vor den Schulleitern des kaufmännischen Schulwesens in Berlin über das Projekt eigenständige Schule in NRW. Er vergaß auch nicht, die negativen Begleiterscheinungen –

erhöhter Arbeitsaufwand, Unsicherheit in den Kollegien, Finanzierungslücken – anzuführen, sein Fazit war dennoch, es müsse noch viel mehr Verantwortung auf die Schulen übertragen werden. Interessanterweise sind die NRW-ler bereits viel weiter. Sollte die Angst vor Machtverlust bei den rheinischen Frohnaturen in der Schulaufsicht weniger verbreitet sein?

- **Wo sind sie geblieben?**

Auf der Sitzung der Schulleiter-AG wunderten sich die Anwesenden mal wieder über das „Bermuda-Dreieck“ Schulverwaltung. Nach dem neuen Verfahren wird von den Schulleitern jetzt bei Bewerbungen ein Vorschlag für die DB von den Schulleitern erstellt. Dieses Vorgehen soll zur Beschleunigung der Verfahren beitragen. Nur: Man wundert sich; nach der Absendung geht es nicht mehr weiter mit den Verfahren. Wo sind sie geblieben, die Vorschläge?

- **Ostereier**

Bei der Rückkehr aus den Osterferien staunten manche Schulleiter nicht schlecht: Im Amtsblatt waren diverse Funktionsstellen ausgeschrieben, auch solche, die gar nicht abgesprochen waren! Ostereier oder letztes Aufbäumen der Schulaufsicht, ehe MeS sie in ihren Befugnissen einschränkt?

rmw

### Personalien

Runde Geburtstage konnten folgende Mitglieder feiern:

01.04. Günter Ludwig, 70 J.  
26.02. Ursula Hübner, 75 J.  
25.01. Hildegard Lethmathe

Der Vorstand gratuliert sehr herzlich und wünscht noch viele schöne Jahre bei guter Gesundheit.

In den Ruhestand verabschiedeten sich:

Frau Marianne Roempke, Oberstudiendirektorin  
Herr Dieter Wittke, Oberschulrat

Genießen Sie Ihren neuen Lebensabschnitt und die Pension, so lange es noch welche gibt!

## Modellvorhaben eigenverantwortliche Schule (MeS)

### - Schön gedacht?

Ja, endlich - müsste man meinen, denn Berlin versucht nun in Gang zu setzen, was in anderen Bundesländern (erst recht in anderen Staaten) schon seit geraumer Zeit realisiert wird und das schulpolitische Bild prägt: Die Eigenständigkeit der Schulen muss gestärkt werden; grundlegende Entscheidungen sollen dort fallen, wo auch die pädagogische Arbeit stattfindet. Längst gilt die Einschätzung als gesichert, dass mit der Delegation von Befugnissen an die einzelne Schule auch das Maß an Leistungsbereitschaft und Effektivität des pädagogischen Betriebes wächst. Insofern kann der im März dieses Jahres erfolgte Aufruf der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport insbesondere an die zentralverwalteten Schulen Berlins, sich an einem derartigen Projekt zu beteiligen, nur als ein positives Signal verstanden werden, das in die richtige Richtung weist.

Die beabsichtigte Verlagerung von Entscheidungskompetenzen soll sich *in vier Aufgabengebieten* bzw. *Arbeitsfeldern* jeder einzelnen Schule manifestieren: Personalbewirtschaftung, Sachmittelbewirtschaftung, Unterrichtsorganisation und -gestaltung, Qualitätssicherung und Rechenschaftslegung. Beim Studium der wohlfeilen Formulierungen trifft man mitunter auf Erstaunliches, keimt Hoffnung auf, Zuversicht auf einen schulpolitischen Kurswechsel. Doch - wie im richtigen Leben - der Teufel steckt im Detail, wenn man die Umsetzung der Konzeption durchdenkt. Mit dem Zuwachs an Informationen und Interpretationen, mit dem *Fortgang der Diskussion* weicht das freundliche Gesicht den Sorgenfalten und der

Ernüchterung. Der wirkliche Gehalt im Sinne von mehr Selbstständigkeit wird immer undeutlicher, dagegen immer klarer die Zunahme von Aufgaben und Arbeit, die bislang bei der Schulverwaltung, unserer Dienstbehörde, angesiedelt waren. Mit diesem Erkenntnisprozess aber dürfte auch die Bereitschaft der Kollegien sinken, dass Modellvorhaben hoffnungsvoll zu schultern. Selbige Unterstützung aber braucht man um das Modellvorhaben verwirklichen zu können (2/3- Voten in Gesamt- und Schulkonferenz!), die Lehrerinnen und Lehrer müssen es mittragen und umsetzen. Wie aber soll das gelingen, wenn die „Segnungen“ der letzten Jahre und insbesondere der letzten Monate *noch nicht verdaut sind* (z.B. dritte Arbeitszeiterhöhung innerhalb von 10 Jahren, schon erfolgte und noch bevorstehende Gehaltseinbußen, *Erfindung* der Ferieneinsatztage) und die Schulleitungen bzw. nichtpädagogischen Mitarbeiter in der jüngeren Vergangenheit darüber hinaus mit neuen, zusätzlichen Tätigkeitsgebieten „erfreut“ worden sind (z.B. Abfallentsorgung, Parkplatzbewirtschaftung, Anlagenbuchhaltung, Hygieneplan, Arbeitgeberpflichten beim Arbeitsschutz, Pflege der Außenanlagen).

*Nein, hier* und heute passen programmatische Vorstellungen und schulische Realität nicht zueinander, hier *und heute ist* der fruchtbare Boden nicht vorhanden und nicht bereitet worden, um einer nützlichen Idee und Projektion zum Erfolg zu verhelfen. Es ist wie in unserem täglichen Unterricht: Wenn die gründliche Vorbereitung fehlt, *wenn* ich Lernziele anstrebe ohne die Bedingungen zu reflektieren, ist der Misserfolg fast vorprogrammiert. Ich darf mich jedenfalls nicht darüber wundern, wenn er eintritt. Schade um das schön gedachte MeS!

Dieter Possehl  
OSZ Gesundheit I

Der Vorstand bittet alle Schulgruppen, intensiv darüber zu diskutieren, ob die eigene Schule an MeS teilnehmen soll. Herr Possehl hat aus unserer Sicht deutlich gemacht, dass hier wieder einmal – wie schon so oft – mit „heißer Nadel“ genäht wurde, also die Teilnahme unter den obwaltenden Umständen fraglich sein sollte. Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob wir – die Kolleginnen und Kollegen - im vorausseilenden Gehorsam bereits freiwillig für die Teilnahme an MeS stimmen sollten, wenn es dan durch das neue Schulgesetz ohnehin für alle Schulen verbindlich wird. **Ihre Meinung interessiert uns sehr!**

**dbb  
beamtenbund  
und tarifunion - berlin**

## **dbb empört über Bundesrats-Entscheidung zu Öffnungsklauseln**

### **Geyer: „Jetzt droht negativer Besoldungswettbewerb“**

Der dbb Beamtenbund und Tarifunion verurteilt die heute vom Bundesrat in Berlin getroffene Entscheidung zur Beamtenbesoldung aufs Schärfste. „Mit Beschluss, den Ländern die Entscheidung über die Zahlung von Urlaubsgeld und Sonderzuwendung zu überlassen, hat der Bundesrat eine faktische Öffnungsklausel geschaffen, die einem negativen Besoldungswettbewerb Tür und Tor öffnet und die Attraktivität des öffentlichen Dienstes weiter verschlechtert“, kritisiert der dbb Bundesvorsitzende Erhard Geyer. Für die Zukunft sagt Geyer einen gnadenlosen Abwerbungskampf um gute Beamtinnen und Beamte voraus. Die Bundesratsentscheidung werde ein verheerendes Qualitätsgefälle des öffentlichen Dienstes zwischen reichen und armen Ländern zur Folge haben. „Leidtragende werden sowohl die betroffenen Bürger als auch die Beschäftigten sein“, so Geyer, „sozialer Unfrieden ist jetzt vorprogrammiert. Es ist ein Unding, dass künftig die bundesweit gleich gute Arbeit unterschiedlich bezahlt werden soll.“

Der dbb Chef brachte auch seine Empörung über die ignorante Haltung der Mehrheit der Länderregierungen zum Ausdruck: „Der dbb hatte mit seinem Alternativkonzept zu den nun doch vom Bundesrat beschlossenen Öffnungsklauseln einen konstruktiven und vor allem sozialverträglichen Vorschlag zur Reform der Beamtenbesoldung gemacht, von dem alle Seiten profitiert hätten. Diese ausgestreckte Hand der seit Jahren loyalen und immer wieder geschröpften Beamten auf solch verantwortungslose Art und Weise auszuschlagen, enttäuscht uns zutiefst.“ Geyer appellierte an den Bundestag, bei dem nun die Entscheidung über die beschlossenen Öffnungsklauseln liegt, sich seiner Verantwortung zur Wahrung einheitlicher Lebensverhältnisse nicht zu entziehen und die grundgesetzliche verankerte Bundeseinheitlichkeit von Besoldung und Versorgung zu beachten. „Der dbb wird alles unternehmen, um ein Inkrafttreten der Bundesratsentscheidung zu verhindern“, versicherte Geyer.

## Vorstellung einer Schule



### ***Damit Sie nicht auf falsche Gedanken kommen ...***

Es handelt sich bei unserer Schule nicht um eine höhere Kadettenschule, sondern um die Berliner Wirtschaftsfachschule für Hotellerie und Gastronomie. Die jungen Seeleute auf diesem Bild haben im Rahmen ihrer Studienarbeit, die sich über zwei arbeitsintensive Semester erstreckte, eine Marketinganalyse für ein Fahrgastschiff erstellt.

Seit drei Jahren arbeiten wir auf diesem Weg mit der Berliner Wirtschaft zusammen und haben bisher sehr gute Erfahrungen gemacht. Unsere Studierenden erstellen zu den unterschiedlichsten Bereichen Projektarbeiten. Somit sind wir ein ganzes Stück näher an die Berliner Hotellerie und Gastronomie herangerückt. Vom Internetauftritt über Konkurrenzanalyse bis hin zur Erschließung touristischer Regionen, unsere Studierenden stellen sich jedem Thema engagiert und zielbewusst.

Als Fachschule haben wir früh erkannt, dass es mit der rein klassischen Wissensvermittlung heute nicht mehr getan ist. Neue Technologien und Unternehmenskonzepte sowie ökologische Fragestellungen erfordern eine ständige Anpassung an gewachsene Qualifikationsanforderungen. Kenntnisse und Fähigkeiten, die im Rahmen der traditionellen Berufsausbildung vermittelt werden, reichen nicht mehr für ein ganzes Berufsleben aus.

Die Hotelfachschule wurde 1963 mit dem Ziel gegründet, engagierte Fachkräfte aus Hotellerie und Gastronomie auf das mittlere und gehobene Management sowie eine erfolgreiche Unternehmertätigkeit vorzubereiten. Durch einen ständigen Dialog mit der Wirtschaft bieten wir unseren Studierenden die Möglichkeit zur Erweiterung und Vertiefung ihrer berufsbezogenen Kenntnisse. Besonderes Augenmerk richten wir auf das Erlernen von Fremdsprachen. So bieten wir neben den Sprachen Englisch und Französisch auch Italienisch und Spanisch an. Schwerpunkt ist und bleibt allerdings die Vermittlung klassischer betriebswirtschaftlicher Fächer wie z.B. Betriebliches Rechnungswesen, Betriebswirtschaft, Steuerlehre und Recht. Darüber hinaus erhalten die Studierenden Unterricht in EDV, Kommunikation, Politik und Wirtschaft sowie Berufs- und Arbeitspädagogik, letzteres gekoppelt mit der Möglichkeit, die Ausbildereignungsprüfung abzulegen.

Zurzeit erleben wir eine enorm große Nachfrage nach Studienplätzen. Aus den anfänglich acht sind momentan zehn Klassen geworden, die an der Hotelfachschule unterrichtet werden. Die Tendenz ist steigend – nicht zuletzt auch ein Beweis für kontinuierlich gute Arbeit des Kollegiums der Berliner Hotelfachschule.

Dieter Reichl  
Schulleiter  
Hotelfachschule

**Brief des Vorstandes zum Thema „Wirtschaftsgymnasien“**

Vorschläge des VLW zum Entwurf des SchulG  
Wirtschaftsgymnasium, Berufsoberschule und  
**FACHBEIRÄTE AM OSZ**

Sehr geehrter Herr Senator Böger,

wie Sie wissen, setzen wir uns seit Jahren nachdrücklich für eine aussagefähige, im Bundesgebiet weitgehend eingeführte Bezeichnung der gymnasialen Oberstufe an OSZ ein. Berufliche Gymnasien des Berufsfeldes Wirtschaft und Verwaltung sollten im Schulgesetz unter der Bezeichnung Wirtschaftsgymnasium als Schulart des beruflichen Schulwesens verankert werden. Berufliche Gymnasien anderer Berufsfelder sollten künftig eine Bezeichnung führen, die ihre fachliche Ausrichtung verdeutlicht (z. B. Technisches Gymnasium). Überdies sollten berufliche Gymnasien – der Mehrzahl der Bundesländer folgend – in die Zuständigkeit der Schulaufsicht für die beruflichen Schulen einbezogen werden.

- In 13 von 15 Bundesländern mit beruflichen Gymnasien werden auf die Besonderheiten dieser Schulart deutlich hinweisende Bezeichnungen verwendet: Wirtschaftsgymnasium, Technisches Gymnasium oder Berufliches Gymnasium/Fachgymnasium Schwerpunkt Wirtschaft oder Technik. So hat auch jüngst Nordrhein-Westfalen die Bezeichnung Wirtschaftsgymnasium schulrechtlich eingeführt.
- Der Anteil der Hochschulzugangsberechtigten ist im OECD-Vergleich in Deutschland unterdurchschnittlich, obwohl sich die qualifikatorischen Anforderungen der Wirtschaft kontinuierlich in Richtung höherwertiger Tätigkeiten oberhalb des Facharbeiter- und Fachangestelltenniveaus verschieben.
- Zusätzliche Bildungsreserven müssen daher nachhaltig und konsequent erschlossen werden. Im Vergleich zu anderen Bundesländern weist Berlin hier einen deutlichen Rückstand auf. Während durchschnittlich 13 % der deutschen Gymnasiasten ein berufliches Gymnasium besuchen, sind es in Berlin weniger als 7%. In anderen EU-Ländern (Frankreich, Niederlande, Österreich und Dänemark) besucht ca. 1/3 der Gymnasialschüler ein Wirtschaftsgymnasium, in Berlin nur knapp 4 %. Hamburg weist eine um 4 % höhere Schülerquote am Wirtschaftsgymnasium auf als Berlin.
- Der attraktive Bildungsgang am OSZ mit seinen vielfältigen Chancen (berufliche Profilierung, Verzahnung von beruflicher und allgemeiner Bildung, Erprobung neuer berufsbezogener Leistungsfächer, sozialer Aufstieg für Realschul- und Berufsfachschulabsolventen) erfordert eine Dauer der Oberstufe von drei Jahren.

Wie wir erfahren haben, stehen Sie, sehr geehrter Herr Senator Böger, Herr Staatssekretär Härtel und die für das berufliche Schulwesen zuständigen Mitarbeiter Ihrer Verwaltung unserem Anliegen aufgeschlossen gegenüber.

Unter dem Aspekt „Erschließung zusätzlicher Bildungsreserven“ begrüßen wir nachdrücklich, dass mit dem neuen Schulgesetz die Einführung der Berufsoberschule in Berlin ermöglicht wird. Damit wird leistungsstarken Realschulabsolventen mit abgeschlossener Berufsausbildung ein neuer Weg zum Erwerb der allgemeinen oder fachgebundenen Hochschulreife eröffnet. Eine zügige Einrichtung von Berufsoberschulen an den OSZ halten wir für wünschenswert.

Wir plädieren abschließend dafür, das bewährte Institut der Fachbeiräte an OSZ in der geltenden Fassung des Schulgesetzes beizubehalten. Die paritätische Mitwirkung und Mitbestimmung der Beauftragten der Sozialpartner an der Schulgestaltung sichert eine sachverständige Beteiligung und Beurteilung im Hinblick auf die an den OSZ vertretenen Ausbildungssparten.

Ihre hoffentlich positive Antwort erwarten wir mit großem Interesse.

**Bitte senden Sie den Antrag zunächst an:  
VLW, Herr Michael Heyer, Mommsenstraße 58, 10629 Berlin**

**DBB Dienstleistungszentrum Ost**

Axel-Springer-Straße 54 a  
10117 Berlin

Telefon: (0 30) 20 37 90  
Telefax: (0 30) 20 37 91 11

## Rechtsschutzantrag

Name: \_\_\_\_\_ geboren: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Telefon dienstlich: \_\_\_\_\_

privat: \_\_\_\_\_ Fax: \_\_\_\_\_ email: \_\_\_\_\_

Mitglied bei: \_\_\_\_\_ seit: \_\_\_\_\_

bestätigt durch Mitgliedsgewerkschaft: \_\_\_\_\_

(Unterschrift)

Bundes- oder Landesbediensteter bei: \_\_\_\_\_

Angestellter , Arbeiter , Beamter , Rentner oder Ruhestandsbeamter

(bitte Zutreffendes ankreuzen)

Vollzeit oder Teilzeit (bitte Stundenzahl angeben): \_\_\_\_\_

In der Sache (Beschreibung des Sachverhalts; Unterlagen sind in Kopien beizufügen)

Mit der Weitergabe des Schriftverkehrs, der im Rahmen der Rechtsschutzgewährung anfällt, an meine Mitgliedsgewerkschaft bzw. an den zuständigen Landesbund bin ich entsprechend § 8 Abs. 5 u. 7 der Rahmenrechtsschutzordnung für den Deutschen Beamtenbund und seine Mitgliedsgewerkschaften einverstanden.

Ich bin auch einverstanden mit der Speicherung und Verarbeitung meiner Daten im Rahmen der Bearbeitung des Rechtsschutzfalles.

.....  
Ort, Datum und Unterschrift des Einzelmitgliedes

Rechtsschutz gewährt von einer Mitgliedsgewerkschaft des DBB gem. § 4 der DBB-Satzung und weitergeleitet an das Dienstleistungszentrum Ost

Datum, Stempel und Unterschrift

# vLw-Stammtisch

Unser nächster Mitgliederstammtisch  
findet statt am

Dienstag, dem 3. Juni 2003,

um 19:00 Uhr

im „Landauer“

(Landauer Straße, Ecke Rüdesheimer Platz).

Wir freuen uns auf Ihr Kommen!

Der Vorstand

Impressum:

V.i.S.d.P. ist der Vorstand des vLw Berlin  
Mommsenstraße 58, 10629 Berlin

Telefon: (030) 32 79 52 – 0

Fax: (030) 32 79 52 20

Redaktion:

Roswita Mätzig-Wurm

eMail-Adresse: [roswita.mw@t-online.de](mailto:roswita.mw@t-online.de)